SERGEI GRITS / AP

Stimmabgabe im Smolensker Gebiet

RUSSLAND

Gezielte Täuschung

Deutlicher lässt sich die Geringschätzung dem Wähler kaum zeigen: 101 der insgesamt 315 siegreichen Kandidaten der Kreml-Partei „Einiges Russland“ haben ihr Mandat zurückgegeben, noch bevor die neue Duma am 24. Dezember zum ersten Mal zusammentritt. Gouverneure, Minister und Bürgermeister hatten sich gemäß zentraler Regieanweisung an die Spitze der Listen setzen lassen – den Wählerauftrag auch anzunehmen, hatten die meisten nie vor. Allein die Wähler-Lokomotiven sollten die Bürger veranlassen, das Kreuz bei der Kreml-Partei zu machen. Nun ziehen anstatt der politischen Schwergewichte Unbekannte ins Unterhaus ein – anstatt Präsident Wladimir Putin beispielsweise ein Beamter aus der Polarregion Tschukotka. Die Provinzfürsten hatten nicht nur mit Scheinlisten die Bevölkerung genarrt, sondern durch Drohungen auch für das gewünschte Ergebnis gesorgt – die Zeitschrift „Wlast“ legte Beweise für massive Fälschungen selbst in Moskau vor. Aus Sicht des Kreml ließen es einige Verantwortliche am nötigen Eifer fehlen. So musste der Gouverneur in Jaroslawl seinen Posten räumen – dort hatten nur 53,2 Prozent für „Einiges Russland“ gestimmt, 11 Prozentpunkte weniger als im Landesschnitt. Wiktor Maslow, Chef des an der Westgrenze gelegenen Smolensker Gebiets, ereilte dasselbe Schicksal. Das Bemerkenswerte an diesem Fall: Maslow ist der erste von Putin eingesetzte Ex-Geheimdienstgeneral, der als Gouverneur wieder abtreten muss.

TÜRKEI

Gefährliche Stimmung

OZDEL CEM/ABACA

Türkische Truppen an der Grenze zum Nordirak

Wenige Tage nach der bislang größten türkischen Militäraktion im Nordirak ist Ankara davon überzeugt, der kurdischen Rebellenorganisation PKK empfindliche Schläge versetzt zu haben. Die türkischen Medien verbreiten Siegesmeldungen, Generalstabschef Yaşar Büyükanit schwärmt, er habe die Zerstörung von PKK-Stützpunkten wie eine Fernsehshow erlebt. Kritiker befürchten jedoch, dass die Türkei damit eine politische Lösung der Kurdenfrage erschwert. Es herrsche eine nationalistische Stimmung, geschürt von Politik und Militär, die sich vor allem gegen die Kurden im Land richte, sagt Nazmi Gür, ein Mitglied der im Parlament vertretenen Kurdenpartei DTP. „Sie führen einen psychologischen Krieg gegen uns.“ Türkische Politiker werfen der DTP vor, sie sei der verlängerte Arm der PKK – derzeit läuft ein Verbotsverfahren gegen die Partei. Sollten die Kurden mit weiteren Repressionen überzogen werden, drohe dem Land eine gefährliche Welle der Radikalisierung, meint der Türkei-Experte Walter Posch vom EU-Institut für Sicherheitsstudien. Auch Bombenanschläge kurdischer Untergrundbewegungen seien dann nicht mehr auszuschließen.

DADO GALDIERI / AP

Autonomie-Erklärung in Santa Cruz

Präsident Morales bei der Übergabe der

BOLIVIEN

Rassistische Parolen

Mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung treibt Präsident Evo Morales das südamerikanische Land in eine Zerreißprobe, die in einen Bürgerkrieg münden könnte. Die reichen Ostprovinzen des Andenlandes wollen die neue Carta Magna nicht anerkennen, weil sie die Vorherrschaft der Regierung in La Paz zementiert und die Rechte der indianischen Bevölkerung ausweitet. Vor allem in der Wirtschaftsmetropole und Provinzhauptstadt Santa Cruz, der größten und wichtigsten Stadt des Landes, drohen bewaffnete Konflikte. Santa Cruz und drei weitere Provinzen hatten sich vor einer Woche für autonom erklärt.
Insbesondere Söhne von Ranchern, Geschäftsleuten und einflussreichen Politikern haben sich zu Milizen zusammengeschlossen, sie wollen die Autonomie notfalls mit Waffengewalt verteidigen. Jenseits der Stadtgrenze ist die Situation explosiv: Die neue Verfassung sieht eine Landreform vor, die Regierung will mehrere Großfarmen enteignen. Im Kampf

EUROPA

Zoff um Bio-Subventionen

Europas Biodiesel-Branche sucht politischen und ökonomischen Beistand gegen die übermächtige amerikanische Konkurrenz. Anfang kommenden Jahres will der Dachverband European Biodiesel Board bei der Brüsseler EU-Kommission eine Anti-Dumping-Beschwerde einreichen, weil hochsubventionierter US-Sprit heimische Kraftstoffe vom Markt verdränge. Vor allem deutsche Produzenten hätten inzwischen Anlagen abschalten oder herunterfahren müssen und seien in ihrer Existenz bedroht, denn der Preis der US-Importe liege weit unter den Herstellungskosten der heimischen Anbieter.
Dabei wird Biosprit auch in Deutschland und anderen EU-Ländern kräftig gestützt, sowohl durch Steuerabschläge als auch durch gesetzliche Vorschriften, dem herkömmlichen Treibstoff grüne Anteile beizumischen. Washington setzt freilich mit seinem „Energy Policy Act of 2005“ deutlich mehr Geld ein, um der mächtigen Agrarindustrie neue Absatzkanäle, etwa für Soja und Mais, zu erschließen. Für ein „B 99“ genanntes Spritzgemisch aus 99,9 Prozent Bio- und 0,1 Prozent Mineraldiesel kassieren die Hersteller drüben 99 Cents pro Gallone (4,5 Liter). Dieses „B 99“ verkaufen sie dann als „reinen“ Biokraftstoff, also zusätzlich steuerbegünstigt, in Europa. Gegen solche „Kampfpreise“ müsse die EU mit „Ausgleichszöllen“ vorgehen, fordern die hiesigen Biosprit-Mischer; das wird nicht leicht sein. Denn die US-Regierung meint, die Europäer sperrten sich nur erneut gegen den Wind des globalen Wettbewerbs. Der wird noch rauer: Auch aus Argentinien und Brasilien drängen billige subventionierte Biokraftstoffe nach Europa.

PAUL LANGROCK / ZENIT

Raps-Biodieselraffinerie in Wittenberg (Sachsen-Anhalt)

JOSE LIRAUZE / AP

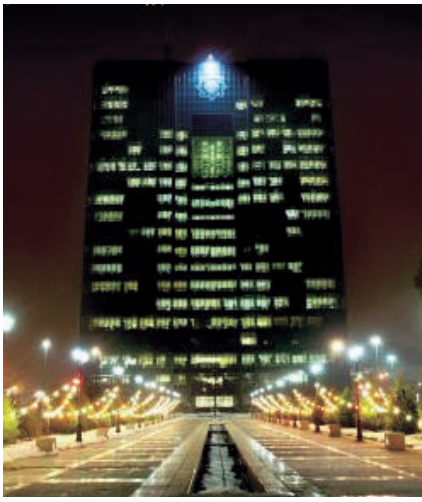
neuen Verfassung in La Paz

zwischen Landbesetzern und Ranchern hat es bereits Tote gegeben. Auch die ethnischen Konflikte des Andenstaats brechen jetzt auf: Das reiche Tiefland im Osten, wo die meisten Öl- und Gasvorkommen liegen, wird vorwiegend von Weißen und Mestizen bewohnt, während der Regierungssitz La Paz und das arme Andenhochland hauptsächlich von Indios besiedelt sind. Mit rassistischen Parolen stacheln die Milizen ihre Anhänger zum Kampf gegen die Indios auf, gleichzeitig wächst in der indianischen Bevölkerung der Hass auf die Weißen.

IRAN

Taktisches Spiel?

Für Geschäftspartner Teherans – darunter viele deutsche Firmen – brechen harte Zeiten an: Die iranische Führung hat in einer bisher geheim gehaltenen Direktive beschlossen, ihren in Europa arbeitenden Banken den Geldhahn zuzudrehen und ausstehende Schulden nicht mehr zu begleichen. Die Institute Sepah, Melli und Saderat, die zu 100 Prozent von der staatlich kontrollierten Zentralbank Irans (CBI) abhängig sind, haben in den vergangenen Wochen ihre internationalen Devisen im Verborgenen zurück in die Heimat transferiert, um die Teheraner CBI-Reserven aufzustocken und im Inland liquide zu bleiben. Die ausländischen Zweigstellen könnten bald Insolvenz anmelden, die Außenstände europäischer Geschäftspartner werden dann in die Hunderte Millionen Euro gehen. Was vor allem Unternehmen aus Deutschland bekümmert, dürfte von US-Politikern bejubelt werden: Washington ist davon überzeugt, dass die iranischen Aktionen auf die im Oktober ausgeweiteten US-Sanktionen gegen Teheran zurückzuführen sind, die Europäer glauben mehr an ein taktisches Spiel der Mullahs. Die Bush-Regierung versucht jetzt, Mehrheiten im Uno-Sicherheitsrat für eine Verschärfung der „extrem erfolgreichen“ Strafmaßnahmen zu erreichen. Russen und Chinesen aber sehen die „Geschäftsgrundlage“ für verschärfte Sanktionen entfallen. Iran hat sein Atomwaffenprogramm im Jahr 2003 eingestellt – so die neuesten Erkenntnisse der US-Geheimdienste.


MORTEZA NIKOUBAZL / REUTERS

Zentralbank Irans in Teheran